



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
für den Europaausschuss

### Europäische Nordseestrategie

Der Europaausschuss wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Bemühungen für eine Makroregionale Strategie für den Nordseeraum auf europäischer Ebene und stellt fest, dass vor einer Implementierung einer solchen Strategie zahlreiche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Eine Meeresbeckenstrategie kann der Beginn einer makroregionalen Strategie für den Nordseeraum sein.

Der Landtag begrüßt daher, dass die Europäische Kommission mit einem Unterstützungsprogramm zur Umsetzung der auf einzelne Meeresregionen zugeschnittenen Strategien beitragen will. Makroregionale Strategien ermöglichen es, durch gezielten Mitteleinsatz Lösungen für regionale Herausforderungen zu finden. Sie sollen eng mit den Anforderungen und der Umsetzung der EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie verknüpft werden.

Von besonderer Bedeutung ist die ausreichende EU-Finanzierung aus Interreg und den Finanzmitteln für die integrierte Meerespolitik bis zum Ende der finanziellen Vorausschau im Jahr 2013. Für den Haushaltszeitraum ab 2014 muss die integrierte Meerespolitik angemessen Berücksichtigung finden.

Diese Strategie soll dazu beitragen, dass drängende gemeinsame Probleme und Herausforderungen, die nicht von den einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten allein gelöst werden können, grenzüberschreitend beraten und gelöst werden. Dazu gehören insbesondere:

- die ökologische Belastung der Nordsee und der Erhalt des Ökosystems sowie die intensive Nutzung des Raums und seiner natürlichen Ressourcen durch Fischfang, Öl- und Gasförderung, Windenergie und Schifffahrt,

- die ökonomische Bedeutung der Nordsee und der Strukturwandel in Fischerei und Schiffsbau, die Sicherheit auf See und die Schaffung grenzüberschreitender Infrastrukturen sowie der Tourismus,
- die Bedeutung des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer für die Tourismusdestination an der Nordsee und daraus abgeleitet die Nutzung vorhandener Chancen und Potenziale einer multilateralen Zusammenarbeit zu einer qualitativen Verbesserung des Tourismus unter den Aspekten der Nachhaltigkeit (ökonomischer, ökologischer und soziokultureller Gleichklang),
- die Bedeutung einer nachhaltigen multilateralen Koordination einer nordsee-weiten Hafen- und Verkehrspolitik,
- die grenzüberschreitende Bedeutung von Bildung, Forschung und Wissenschaft, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Erforschung und Nutzung neuer Technologien wie Offshore, blaue Biotechnologie und Marikulturen sowie die kulturelle Zusammenarbeit zur Stärkung der gemeinsamen Identität.

Der Landtag unterstützt die Förderung konkreter Leitprojekte zur Entwicklung und Demonstration europäischer maritimer Kompetenzen, wie etwa „European Clean Shipping“. Kompetenzen in den Bereichen Schiffssicherheit, Energie-Effizienz, Emissionsreduzierung, alternative Schiffsantriebe, Offshore Energie, Medizin oder Kosmetik stärken auch die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft Europas. Die Intensivierung von Maßnahmen zur Verbesserung der anwendungsbezogenen Forschung und Innovation ist dazu zwingend erforderlich.

Der Landtag ist der Auffassung, dass es in Bezug auf Zulassungsverfahren und Haftungsregelungen für Rohstoffbohrungen und Förderungen im Offshore dringend einer europäischen Lösung bedarf. Diese müssen zugleich von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern in international verbindliche Regeln bei den Vereinten Nationen eingebracht werden.

Der Landtag begrüßt die EU-Initiative zur Schaffung eines stärker „Integrierten Meereswissens-Netzwerks“. Die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftsgemeinschaften muss gefördert werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt weiterhin die europäischen Bemühungen zur Weiterentwicklung des Integrierten Küstenzonenmanagement. Schleswig-Holstein ist hier besonders kompetent und kann Erfahrungen an andere Regionen weitergeben.

In die Erarbeitung und Umsetzung der Strategie sollen alle politischen Ebenen der Anrainerstaaten sowie Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden. Zur Vorbereitung dieser Diskussion sollen Landesregierung und Landesparlament die Schwerpunkte Schleswig-Holsteins in der Nordseekooperation diskutieren und benennen.